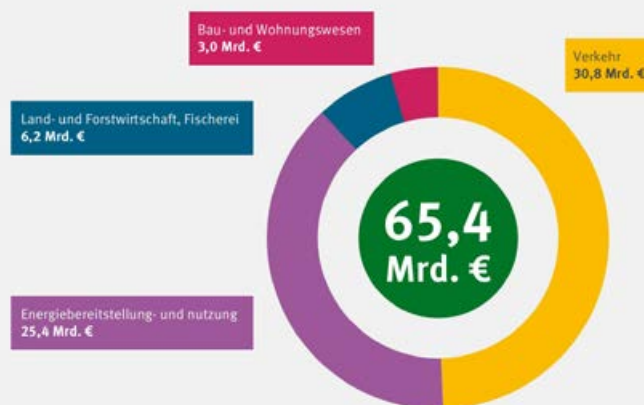


Klimaschädliche Subventionen – Abschaffung ist überfällig

Redaktion Umweltzeitung

Es ist paradox: Der Staat fördert mit Kaufprämien den Umstieg auf klimafreundlichere Elektroautos – und gleichzeitig über Steuerprivilegien Dieselkraftstoffe und die private Nutzung von Benzin- und Diesel-Dienstwagen. Solche ökonomischen Anreize in gegensätzliche Richtungen konterkarieren wirksamen Klima- und Umweltschutz und kosten uns alle unnötig Geld.

Aus dem Abbau umweltschädlicher Subventionen sozial-ökologische Investitionen finanzieren!



Die Zahlen zu den umweltschädlichen Subventionen beziehen sich auf das Jahr 2018. Tatsächlich sind die Summen noch höher anzusetzen, da vor allem die Bundesebene betrachtet wurde.

GRAFIK: UMWELTBUNDESAMT 2021

Mehr als 65 Mrd. Euro gab Deutschland 2018 für Subventionen aus, die sich negativ auf das Klima und häufig auch auf Luftqualität, Gesundheit und Rohstoffverbrauch auswirken, so die neuesten Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) in einer aktuellen Studie.

Allein durch die Änderung nationaler Regelungen könnte Deutschland beim Abbau umweltschädlicher Subventionen Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich generieren, die dann für sozial-ökologische Investitionen genutzt werden könnten. Zum Beispiel, um Unternehmen beim Umstieg auf treibhausgasneutrale Produktionsweisen zu helfen oder um für einen gut ausgebauten und kostengünstigen Bus- und Bahnverkehr zu sorgen.

Konkrete Vorschläge vorgelegt

Das UBA hat konkrete Reformvorschläge vorgelegt, die sowohl den Umwelt- und Klimaschutz voranbringen als auch soziale Ziele berücksichtigen. Der Abbau von Steuervergünstigungen für Pkw- und Agrardiesel, für die private Nutzung fossiler Dienstwagen sowie bei der Entfernungspauschale würde der öffentlichen Hand Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich bringen.

Insgesamt entfiel nahezu die Hälfte der vom UBA identifizierten umweltschädli-

chen Subventionen auf den Verkehrsbereich (47 %), 39 % auf Energiebereitstellung und -nutzung, 9 % auf die Land- und Forstwirtschaft sowie 5 % auf Bau- und Wohnungswesen. Tatsächlich ist die Summe der umweltschädlichen Subventionen höher als die insgesamt geschätzten 65,4 Mrd. Euro, da einige umweltschädliche Subventionen nicht quantifiziert werden können und die Studie vor allem die Bundesebene betrachtet.

Diese Subventionen lassen sich national abschaffen – niemand muss sich dafür hinter der EU verschanzen! Weitere 12 Mrd. Euro entfallen auf Steuervergünstigungen für Kerosin und die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge. Dies müsste allerdings auf europäischer Ebene angegangen werden.

Freiwerdende Mittel für den Umstieg einsetzen

Beim Klimaschutz rennt uns bekanntlich die Zeit davon. Es ist daher wichtig, auch beim Abbau umweltschädlicher Subventionen schnell voranzukommen. Das entlastet die öffentlichen Haushalte und ermöglicht klimagerechte Investitionen.

Zu denken ist aber auch an die Entlastung der privaten Haushalte. Der vom UBA

für ratsam gehaltene Abbau der niedrigen Mehrwertsteuer auf Fleisch und andere tierische Produkte müsste sozial flankiert werden und in eine umfassende Reform der Mehrwertsteuer eingebettet werden, die die Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle entlastet – etwa durch eine geringere Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und andere pflanzliche Nahrungsmittel.

Damit der Abbau beziehungsweise die Reform umweltschädlicher Subventionen künftig systematisch erfolgt und die Subventionspolitik effektiver und effizienter wird, formuliert die UBA-Studie Leitlinien für eine umweltorientierte Subventionspolitik und empfiehlt einen „Umweltcheck“.

Grundsätzlich sollten nur noch Subventionen gewährt werden, die in Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung stehen. ◀

Quelle

Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Aktualisierte Ausgabe 2021. UBA-Texte 143/2021.